

# Niederschrift IR/004/2015

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Integrationsrates der Stadt Rheine  
am 20.05.2015

Die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:12 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

## Anwesend als

### Mitglieder:

Frau Emine Dursun		Beiratsmitglied
Herr Gabilan Ganesalingam		Beiratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Saravanamuthu Thayakaran		Beiratsmitglied
Frau Helena Wirt		Beiratsmitglied

### Vertreter:

Herr Nael Kassab Bachi		Vertretung für Herrn Ahmad Hammudeh
------------------------	--	--

### Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

### Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Fachbereichsleiter FB 2
Frau Walburga Yügrük		Schriftführerin

Herr Gabilan Ganesalingam eröffnet in Vertretung des Vorsitzenden Kamal Kassem die heutige Sitzung des Integrationsrates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Niederschrift Nr. 003 über die öffentliche Sitzung am 19.02.2015**

0:27

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

#### **2. Bericht der Verwaltung**

0:52

Herr Gausmann bittet um Verständnis dafür, dass den Anregungen aus der letzten Sitzung – z. B. im Basilikaforum zu tagen – nicht gefolgt worden sei, da es heute viele umfangreiche Tagesordnungspunkte gebe, die integrationsratsintern und nicht öffentlich zu besprechen seien. Die Aufträge aus der letzten Sitzung würden jedoch nach und nach abgearbeitet.

#### **3. Information der Verwaltung**

02:40

Herr Gausmann weist darauf hin, dass Herr Tunceli langfristig erkrankt und deshalb auch diesmal nicht anwesend sei. Es habe jedoch dank der Flexibilität des Personalrates, der Bürgermeisterin und weiterer Beteiligter kurzfristig eine Fachkraft mit einer halben Stelle in der Fachstelle Migration eingestellt werden können. Die neue Kollegin spreche auch Türkisch und Arabisch. Dennoch sei die personelle Situation in der Fachstelle Migration weiterhin sehr angespannt.

#### **4. Ergebnis Runder Tisch**

03:00

Herr Gausmann verweist auf die zugesandte Präsentation zum Thema und stellt fest, dass sich im Rahmen des Runden Tisches Bürgerinnen und Bürger sowie Ratsmitglieder aller Fraktionen mit der Thematik der Flüchtlinge und deren Integration in Rheine beschäftigt haben. Die Ergebnisse des Runden Tisches sollten zunächst heute hier diskutiert werden. Danach werde sich die Verwaltung in konkreten Schritten damit beschäftigen.

Der Runde Tisch habe ergeben, dass es notwendig sei, den einzelnen Themenbereichen vertieft in Arbeitsgruppen nachzugehen. Die Verwaltung schlage vor, statt der zunächst vorgesehenen vier nun sechs **Arbeitsgruppen** zu folgenden Themen zu bilden:

1. Ehrenamt,
2. Sprache und Bildung
3. Gesundheit
4. Sozialraumorientierung
5. Arbeit
6. Wohnen

Im Bereich Gesundheit werde man sich langfristig auch mit dem Thema Traumatherapie beschäftigen müssen. Es gebe derzeit ein Förderprogramm des Landes „Umgang mit traumatisierten Frauen“, an dem man sich wahrscheinlich in Zusammenarbeit mit der Frauenberatungsstelle des Kreises beteiligen werde. Außerdem gehörten hier die Aspekte Ernährung, Bewegung und Sport hinein.

Beim Thema Sozialraumorientierung sollten die drei Lebensabschnitte Kindheit/Jugend, Familien und Senioren abgebildet sowie die Bereiche Kultur, Sport und Religion berücksichtigt werden. Durch die Einbindung in den Sozialraum solle versucht werden, eine bessere Integration zu ermöglichen.

Zum wichtigen Bereich Arbeit müsse man überlegen, wie eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt auch durch eine bessere Vernetzung u. a. mit der GAB (Arbeitsagentur) und der städtischen Jugendberufshilfe erreicht werden könne. Man habe sich außerdem an dem EU-Förderprogramm „Jugend stärken im Quartier“ beteiligt und bekomme wahrscheinlich auch den Zuschlag hierfür. Dazu führe er in den nächsten Tagen noch ein Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft Warendorf-Steinfurt, die angeboten habe, bei der besseren Integration von 18- bis 25-Jährigen in den Arbeitsmarkt zu helfen.

Zum Arbeitskreisthema Wohnen liege die Ankündigung eines Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Schwerpunkte bei diesem Thema seien die Akquirierung von Wohnraum und die Fortschreibung des Integrations- und Migrationskonzepts bezüglich der Ausstattungsstandards von Wohnungen. Hier sei auch das Stichwort Barrierefreiheit für Personen mit Mobilitätseinschränkungen zu berücksichtigen.

Für die Arbeitskreise Wohnen und Ehrenamt solle im Sozialausschuss ein Termin mit Besetzungsvorschlägen für diese Gremien noch vor der Sommerpause mitgeteilt werden. Zum Bereich Bildung/Sprache/Interkulturelle Öffnung und für den Bereich Ehrenamt sei eine Veranstaltung des Caritasverbandes im Juni geplant. Es werde außerdem im August im Rahmen von Bildung und Interkultureller Öffnung eine große Veranstaltung geben.

Zur Kritik aus der öffentlichen Diskussion, das alles dauere viel zu lange, entgegnet Herr Gausmann, dass der Runde Tisch in Absprache mit dem Vorsitzenden des Sozialausschusses eingerichtet worden sei. Der beschlussfassende Ausschuss für die Arbeit der Fachstelle Migration sei nach vorher erfolgter Beratung im Integrationsrat der Sozialausschuss.

Herr Gausmann weist auf ein zusätzliches Landesprogramm zur Förderung von Kindern in Spielgruppen im Rahmen der Jugendhilfe hin. In der folgenden Woche solle es dazu ein Gespräch mit Anbietern von Spielgruppen geben. Hiermit solle schon vor der Kita für Kinder im Alter von 1 bis 6 Jahren ein Mutter-Kind-Angebot geschaffen werden. Es gebe also insgesamt viele hilfreiche Ansatzpunkte, über die jedoch zunächst im Sozialausschuss gesprochen werden müsse.

Herr Mau bemängelt, er habe eigentlich zusammen mit der Einladung für heute ein Protokoll vom Runden Tisch erwartet. Es wäre schön gewesen, im Vorfeld mehr Informationen erhalten zu haben, um dann auch gezielter nachfragen zu können. Auf der kürzlich stattgefundenen Veranstaltung mit Flüchtlingen unter dem Thema „Flüchtlinge in Rheine“ sei von den einzelnen Gruppen vieles benannt worden, was noch im Argen liege. Er befürchte, dass durch zu viele Gesprächskreise und Ausschüsse die Zeit davonlaufe. Die zahlreichen Schritte müssten kurzfristig hintereinander besprochen, entschieden und dann umgesetzt werden.

Herrn Berardis kommen die Ergebnisse des Runden Tisches etwas abstrakt vor. Er stellt folgende Fragen: Wie soll eine Arbeitskreisstruktur aussehen? Wer organisiert einen Arbeitskreis? Wer lädt die Leute dazu ein? Wer koordiniert die verschiedenen Arbeitskreise? Er schlägt vor, vornehmlich zu den Schwerpunktthemen Wohnen und Bildung die Arbeitskreise sofort einzuberufen, damit man zu Ergebnissen komme.

Herr Kahle meint, auf der o. g. Veranstaltung "Flüchtlinge in Rheine" im Kolpinghaus sei u. a. durch Äußerungen der Betroffenen selbst sehr deutlich geworden, was ihnen unter den Nägeln brenne. Das habe die Verwaltung sicher verstanden. Man benötige aber erst eine Grundstruktur, von der man ausgehen könne. Daher sollte die Politik sich als Unterstützer dieser Aktionen verstehen. Es sei wichtig, dass die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung nicht nachlasse.

Herr Gausmann teilt ergänzend zu den geplanten Arbeitskreisen mit, man werde dem Sozialausschuss vorschlagen, dass in jedem Arbeitskreis ein "Betroffener" teilnehmen solle. Außerdem möchte er Vertreter des Integrationsrates an den Arbeitskreisen beteiligt wissen. Man wolle nicht etwas „für“, sondern „mit“ den Personen machen – ob es nun Asylbewerber seien oder Migranten, die evtl. auch schon über mehrere Generationen vergleichbare Probleme erlebt haben. Man werde einen Besetzungsvorschlag machen, der offen sei, Man könne jedoch das Thema Arbeit nicht ohne die Arbeitsagentur behandeln, das Ehrenamt nicht ohne die Kirchengemeinde oder sonstige Institutionen und Vereine mit ehrenamtlichen Helfern. Die Arbeitskreise sollten bewusst offen gestaltet werden, damit auch interessierte Bürger daran teilnehmen können.

Herr Gausmann weist darauf hin, er habe in der letzten Sitzung des Rates im April im Rahmen der Erörterung der Unterbringung von Flüchtlingen angedeutet, dass man zwingend für die Koordinierung zusätzliche personelle Ressourcen benötige. Dazu werde man dem Sozialausschuss und anschließend auch dem Rat eine Beschlussvorlage zur Verfügung stellen. Auch hierzu gebe es die Ankündigung eines Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Berardis empfiehlt, wegen der angespannten Personalsituation in der Fachstelle evtl. einen Dringlichkeitsbeschluss im HFA herbeizuführen ohne eine Ab-

stimmung im Rat abzuwarten. Man brauche dringend eine Koordinierungsstelle und dürfe hierbei keine Zeit verlieren.

Herr Kassab Bachi spricht die häufigen Übersetzungsprobleme in der Fachstelle Migration an. Seine Frau habe ihm nach einem Praktikum in der Fachstelle davon berichtet. Es gebe einfach nicht genügend Personen, die im Bedarfsfall die Sprachen der verschiedenen Nationalitäten sprächen, die dort Hilfe suchen. Hier müsse man doch evtl. Personen ansprechen können, die bereit wären, als Dolmetscher tätig zu werden, und zwar ehrenamtlich und nicht für die offizielle Übersetzung von Dokumenten.

Herr Gausmann antwortet, es sei Standard, die Antragssteller zu motivieren, Bekannte mitzunehmen, die übersetzen könnten. Man habe auch ein Netzwerk an Personen, die bei der Antragsstellung hinzugezogen werden könnten. Der Abbau von Sprachbarrieren sei wichtig. Die in der Migrationsarbeit tätigen Haupt- und Ehrenamtlichen müssten stärker aufeinander zugehen, um herauszufinden, wer wen unterstützen könne. Es gebe alleine im Bestand des Asylbewerberleistungsrechts 37 Nationen.

Herr Berardis ergänzt, es gehe hier sicherlich um eine unbürokratische Hilfe im Alltag. Die Ehrenamtlichen brauchten Ansprechpartner, die unmittelbar übersetzen könnten, z. B. im Bereich Einkauf von Lebensmitteln oder bei sonstigen alltäglichen Aufgaben.

Herr Kassab Bachi bestätigt das. Es gehe ihm um direkte und sofortige Hilfe. Er nennt als Beispiel eine selbst erlebte Situation, wo eine Familie einfach in den Zug gesetzt worden sei ohne diesen 5 Personen vorher wenigstens das Wichtigste zu erklären, z. B. wo sie aussteigen müssten. Durch seine Arabisch-Kenntnisse habe er diesen Personen zufälligerweise helfen können. Das Beispiel zeige, wie wichtig es sei, ehrenamtliche Dolmetscher für solche Erstkontakte zu finden.

Herr Gausmann erklärt, im Gegensatz zu den kleinen Kommunen habe Rheine den Vorteil, eine eigene Ausländerbehörde zu haben und 2 Migrationsfachstellen - eine beim Caritasverband und eine bei der Stadtverwaltung. Es sei sichergestellt, dass neu ankommende Flüchtlinge direkt nach Ankunft zunächst von einem Sozialarbeiter an der Rathaus-Information abgeholt würden, ein Antrag auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gestellt werde und sie danach in die Übergangswohnung begleitet würden. Es gebe also sofort einen direkten Ansprechpartner, wenn auch nicht immer in der jeweiligen Sprache der Neuankömmlinge.

Herr Berardis bittet darum, den Mitgliedern des Sozialausschusses auch die Ergebnisse des Runden Tisches zukommen zu lassen.

Herr Gausmann antwortet, es gebe eine entsprechende Beschlussvorlage zum Ergebnis des Runden Tisches, die o. g. 6 Arbeitsgruppen zu bilden. Die Dokumentation sei in Session hinterlegt. Zwei Arbeitskreise würden sicherlich noch vor den Sommerferien tagen – Ehrenamt und Wohnen. Danach kämen die Tagesordnungspunkte Situation der Fachstelle Migration, Personalsituation. Hierzu gäbe es dann die Beschlussvorlage zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Ehrenamt.

Herr Ganesalingam weist zum Punkt Sprachverständnis noch auf folgendes hin: Die Flüchtlinge könnten z. B. die vielen Regeln im Bahnverkehr nicht kennen, so sei ihm bekannt, dass in der vergangenen Woche jemand vor Fahrtantritt unweisender Weise sein Ticket nicht abgestempelt habe. Die Bahn möge doch in solchen Fällen verständnisvoll reagieren.

Herr Kahle greift das Thema auf und erinnert an eine Veranstaltung mit dem Oberbürgermeister von Goslar, Oliver Jung. Dort gäbe es ein sog. Lotsensystem, d. h. es gibt Menschen, die bereit sind, den Flüchtlingen zu erklären, wie man z. B. einen Fahrkartenautomaten bedient, Geld von der Bank abholt usw. Das könnte evtl. auch ein Thema für Rheine sein.

Herr Mau schlägt vor, bei der Bahn anzufragen, ob man dort vielleicht bereit sei, für Migranten eine Informationsveranstaltung zum Thema anzubieten mit der Möglichkeit, dass auch Deutsche, die hier Aufklärungsbedarf hätten, evtl. ebenfalls teilnehmen könnten.

Herr Gausmann spricht sich für ein Lotsen- oder Patensystem aus, um hier zu helfen.

Frau Dursun meint, zur Einarbeitung der vielen benötigten Ehrenamtlichen benötige man unbedingt eine Koordinierungsstelle.

Herr Gausmann stellt klar, für die Einrichtung eines Integrationszentrums habe der Kreis die Entscheidungshoheit, nicht die Kommunen. Aber die Notwendigkeit des Appells, eine zusätzliche hauptamtliche Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Tätigkeit zu bekommen, sei unstrittig.

Herr Ganesalingam wirft die Frage auf, ob man nicht evtl. auch auf Ausländer als ehrenamtliche Helfer zurückgreifen könne.

Herr Kassab-Bachi und Frau Dursun bezweifeln das, denn Arbeitslose seien vor allem auf der Suche nach bezahlten Arbeitsplätzen. Und hier handele es sich um ehrenamtliche Tätigkeiten.

Herr Gausmann sieht das genauso. Man könne nicht jemanden - quasi als gemeinnützige Aufgabe gem. SGB II zwangsverpflichten, ehrenamtlich für Flüchtlinge tätig zu sein. Ehrenamt funktioniere nur aus der Motivation heraus. Man benötige im hauptamtlichen Bereich qualifizierte und im Ehrenamt motivierte Mitarbeiter. Diese Motivation aufrecht zu erhalten, sei Aufgabe einer Koordinierungsstelle.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine entsprechende Beschlussvorlage für den Sozialausschuss zu fertigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 5. Bestellung eines Migrationsbeauftragten

01:03:00

Herr Gausmann berichtet, dass Herr Klein als Migrationsbeauftragter aus persönlichen Gründen nicht weitermachen könne. Bislang sei es aber trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, einen neuen Migrationsbeauftragten zu finden. Die Verwaltung schlage vor, dass jeweils ein Vertreter der Parteien und der Vorsitzende des Migrationsausschusses gemeinsam beraten, wie man eine von allen akzeptierte Person als Migrationsbeauftragten finden könne, die man dann auch gemeinsam ansprechen sollte.

Herr Gausmann führt zu den Befugnissen und Aufgaben des Migrationsbeauftragten aus, dass er beratend an den Sitzungen des Sozialausschusses teilnehme und im Rahmen eines Migrationsberichtes ein direktes Zugriffsrecht in den Rat der Stadt Rheine habe. Er sei auch bei Problemen von Migranten mit der Verwaltung oder anderen Institutionen vermittelnd tätig, z. B. wenn es Probleme bei Kontoeröffnungen für Personen mit Migrationshintergrund gebe. Der Migrationsbeauftragte sei Mittler zwischen Migranten oder Migrantenorganisationen und der Verwaltung, Mittler zur Politik und Mittler zu unterschiedlichen Institutionen. Auf Nachfrage ergänzt er, es handele sich um eine ehrenamtliche Funktion.

Herr Berardis findet es gut, zur Findung einer geeigneten Person eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese ehrenamtliche Position müsste jedoch eigentlich überparteilich sein. Er schlage deshalb vor, dass Vertreter des Integrationsrates zusammen mit der Verwaltung - als führendes Organ - diese Arbeitsgruppe bilden sollten ohne die Anwesenheit der Vertreter der politischen Parteien.

Herr Mau gibt zu Bedenken, der Migrationsbeauftragte habe großen Einfluss auf Politik und Ehrenamt. Sein Wort werde gehört. Wenn die Entscheidung zur Besetzung der Stelle nur von Vertretern aus dem Integrationsrat getroffen werde, fehle es evtl. an Hintergrundinformationen. Er halte es für sinnvoll, die Parteien hierbei einzubinden, um eine Person zu finden, die breite Felder abdecken könne.

Auch Herr Kahle wehrt sich dagegen, die politischen Parteien nicht an der Suche zu beteiligen. Das Amt des Migrationsbeauftragten sei eine zutiefst politische Arbeit - nicht im Sinne von Parteipolitik, sondern von Humanismus und Integration, deshalb solle man die entsprechenden Netzwerke nicht außen vor lassen.

Herr Berardis erläutert, er habe sich als Vorsitzender des Sozialausschusses bemüht, eine Person zu finden und diese vorgeschlagen. Dieser Vorschlag sei jedoch nicht akzeptiert worden, sondern es seien nach längerer Wartezeit Gegenanschläge gemacht worden. Das Amt des Migrationsbeauftragten sei eine überparteiliche Aufgabe, deshalb sei er der Meinung, die Migranten sollten selbst jemanden für diese Position finden.

Herr Gausmann wiederholt, er habe ja bereits dargestellt, wie umfangreich dieser Aufgabenbereich sei. Letztlich könne nur jemand diese Aufgaben erfüllen, der/die als Person integer sei und von allen politischen Parteien akzeptiert werde. Der Migrationsbeauftragte könne - ähnlich wie der Bundespräsident - nur über die Macht des Wortes wirken, er habe keine Macht außerhalb seiner Verhandlungsfä-

higkeit. Die Position könne nicht aus einer Kampfabstimmung im Sozialausschuss heraus besetzt werden, sondern es müsse eine hohe Akzeptanz von allen Seiten geben. Deshalb müssten auch Alle bei der Findung beteiligt werden. Dieser Prozess werde sicherlich nicht vor der Sommerpause beendet werden können.

Nach einer weiteren Diskussion erklärt Herr Gausmann, man habe bereits gute Erfahrungen mit der Einrichtung solcher Arbeitsgruppen gemacht und er sei sicher, dass es auch bei der Bestellung eines Migrationsbeauftragten gelingen würde, einen einheitlichen Vorschlag zu finden. Er schlage vor, die Mitglieder des Integrationsrates melden sich innerhalb der nächsten Woche bei Frau Yügrük und schlagen Personen für diese politische Arbeitsgruppe vor.

Herr Gausmann erklärt auf Nachfrage, es sei ihm egal, ob es sich dabei um Personen aus der Partei oder aus diesem Ausschuss handele. Auf alle Fälle solle der Vorsitzende des Migrationsrates bzw. sein Vertreter beteiligt sein. Man könne auch zwei Personen aus dem Integrationsrat nehmen und jeweils eine aus jeder Partei. Er wolle die AfR und die FDP, die ja hier nicht vertreten seien, ebenfalls um Vorschläge bitten. Die Verwaltung werde zu dem Treffen der Arbeitsgruppe einladen.

Herr Mau weist ausdrücklich daraufhin, dass selbstverständlich eine Frau oder ein Mann das Amt der/des Migrationsbeauftragten wahrnehmen könne.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat beschließt, zur Findung eines/einer Migrationsbeauftragten ein Gremium einzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6. Antrag der SPD-Fraktion: Resolution zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund  
Vorlage: 172/15**

01:27:30

Herr Gausmann erläutert, die SPD-Fraktion habe diesen Antrag an den Rat der Stadt Rheine gerichtet und dieser solle am 23. Juni darüber beschließen. Zuerst werde der Antrag jedoch heute hier beraten, dann werde eine formale Vorlage für den Sozialausschuss angefertigt und anschließend eine Ratsvorlage.

Seitens der Verwaltung gebe es dazu folgende Stellungnahme: Es werde eine Ergänzung vorgeschlagen, da für die Finanzierung der Aufgaben zur Flüchtlingsunterbringung und Betreuung eigentlich primär das Land zuständig sei und nicht der Bund.

**Beschluss:**

Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den folgenden Beschluss zu fassen: Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Integrationsrates und des Sozialausschusses die von der SPD-Fraktion vorgelegte Resolution

zur vollständigen Übernahme der Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen durch den Bund und das Land NRW.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **7. Einwohnerfragestunde**

01:30:40

Herr Kubilay Çelikalep berichtet mit Hilfe von Frau Dursun als Dometscherin von seinen Erfahrungen mit dem muslimischen Friedhof der Antonius-Gemeinde in Eschendorf. Zwei seiner Kinder seien dort beerdigt. Bei seinen Besuchen habe er festgestellt, dass der Friedhofsbereich sehr erbärmlich aussehe. Es gebe auch keinen ordentlichen Eingang, sondern es lägen dort lediglich zwei Holzklötze. Er habe deshalb auch schon einmal bei der Stadt Rheine vorgesprochen. Man habe ihm gesagt, im Moment gebe es dort nur wenige Gräber – je mehr es würden, desto mehr könne man auch tun, z. B. pflastern. Herr Çelikalep bemängelt, dass dort auch Leute mit ihren Hunden Gassi gehen. Das finde er doch ziemlich respektlos.

Herr Gausmann schlägt vor, das Anliegen an die Kirchengemeinde Antonius als Friedhofsträger heranzutragen mit der Bitte, Abhilfe zu schaffen.

Herr Kahle teilt mit, es handele sich um ein muslimisches Gräberfeld auf dem Friedhof Eschendorf. Und für dieses Gräberfeld würden die gleichen Regeln gelten wie für den gesamten übrigen Friedhof. Dort seien Hunde zwingend an der Leine zu führen.

Herr Çelikalep bittet darum, ein Tor zu installieren, damit keiner mehr mit seinem Hund einfach dort hineingehen könne. Es gebe bislang weder einen Zaun noch ein Eingangstor.

Herr Gausmann stellt fest, es gehe also um den Zugang und darum, dass das Anleingebot für Hunde von einigen Besitzern nicht beachtet werde. Man werde die Kirchengemeinde nochmals bitten zu prüfen, ob hier irgendwelche Vorkehrungen getroffen werden könnten.

Herr Mau ergänzt, das Gespräch müsse möglichst schnell stattfinden. Ein Friedhof sei auch eine öffentliche Fläche – somit könne man ordnungsrechtlich tätig werden. Er möchte, dass die Stadtwacht die Aufforderung erhält, dort nach dem Rechten zu sehen und die Leute darauf hinzuweisen, dass Hunde auf dem Friedhof nichts zu suchen haben oder angeleint sein müssen – je nachdem, wie es in der Friedhofssatzung steht. Das sei eine ernste Sache. Bei der Gelegenheit könne die Stadtwacht gleich prüfen, ob die Beschilderung bzgl. der Hunde vorhanden sei. Man brauche auch eine entsprechende Rückmeldung, ob sich etwas geändert habe. Herr Çelikalep müsse das Gremium also später noch einmal informieren.

Auf die Frage von Frau Dursun, weshalb es schwierig sei, dort eine Umzäunung anzubringen antwortet Herr Gausmann es handele sich hier um eine öffentliche Grünfläche. Die dürfe, auch wenn es ein Friedhof sei, nicht einfach eingezäunt werden.

Herr Kahle fügt hinzu, bei den dort liegenden Holzklötzen handele es sich um eine Gräberfeldmarkierung. Die könne auch variabel erweitert werden, wenn die jetzige Fläche nicht mehr ausreiche. Das Problem dieser Gräberfeldfläche sei, dass sie etwas abseits liege. Das verleite möglicherweise zu diesen unschönen Ereignissen.

Herr Çelikalep berichtet außerdem, dass Grabschmuck, der auf den Gräbern abgelegt würde, gestohlen oder kaputtgeschlagen werde.

Herr Gausmann erklärt, man sei zwar nicht zuständig, werde die Angelegenheit aber an den Friedhofsträger weiterleiten und darum bitten, Abhilfe zu schaffen. Er werde auch das Ordnungsamt bitten, verstärkt darauf zu achten, dass Hunde dieses Gräberfeld nicht zweckentfremden.

Herr Kassab-Bachi betont, es sei sehr wichtig, bei der Anfrage an den Friedhofsträger darum zu bitten, unbedingt ein Schild „Kein Zutritt für Hunde“ aufzustellen. Das sei durchaus ein Unterschied zum Leinenzwang.

Herr Gausmann entgegnet, ob diese Möglichkeit bestehe, hänge von der Friedhofsordnung ab. Man nehme diese Anregung auf. Nach einigen weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema schlägt er vor, falls das Thema Muslimische Grabstätten ausführlich diskutiert werden solle, könne man es in einer der nächsten Sitzungen als Tagesordnungspunkt aufnehmen und einen Vertreter der Friedhofsverwaltungen dazu einladen. So könne man Fragen zum muslimischen Begräbnis klären und feststellen, welche Rahmenbedingungen und Regeln es auf den beiden Friedhöfen gebe.

Frau Dursun schlägt vor, zu einem solchen Tagesordnungspunkt auch den Imam der Moschee einzuladen, um den Friedhofsträger über die nötigen Voraussetzungen für solch ein Grab zu informieren.

Herr Kahle regt an, evtl. einen Ortstermin auf dem Friedhof zu machen, begleitet durch den Integrationsrat.

Herr Çelikalep erklärt sich mit den geplanten Maßnahmen einverstanden.

Herr Gausmann ergänzt noch, es sei im Übrigen eine Ordnungswidrigkeit, wenn man beim Gassi gehen die Hinterlassenschaften seines Hundes nicht entsorge. Problematisch sei lediglich, dass es meistens keine Zeugen dafür gebe.

## **8. Verschiedenes**

01:46:35

Frau Yügrük weist auf ausgelegte Hefte mit der neuen **Geschäftsordnung** für den Integrationsrat hin und bittet darum, diese mitzunehmen und zu lesen.

Herr Gausmann fordert dazu auf, Fragen bezüglich der Geschäftsordnung zu sammeln und in einer der nächsten Sitzungen zu besprechen.

Frau Wirt erkundigt sich, ob in nächster Zeit wieder Kulturfeste in Rheine geplant seien. So habe z. B. das **Fest der Kulturen** schon lange nicht mehr stattgefunden.

Herr Gausmann verweist auf das Fest im letzten Jahr im Rahmen der „Woche des ausländischen Mitbürgers“. Für dieses Jahr könne er aus personellen Gründen noch keine Zusage machen. Die Mittel für das „Fest der Kulturen“ seien per Beschluss des Sozialausschusses in die Zuständigkeit des Integrationsrates übergegangen. Sie seien Bestandteil des eigenen Budgets des Integrationsrates. Der Integrationsrat sei auch bisher bereits stark an der Organisation beteiligt gewesen. Er schlage vor, das Fest der Kulturen in die Tagesordnung der nächsten Integrationsratssitzung aufzunehmen.

Auf Anregung von Herrn Kassab-Bachi kündigt Herr Gausmann an, dass in Zukunft die **Einladungen** und die **Niederschriften** der Integrationsrats-sitzungen mit den evtl. weiteren Unterlagen auch den Vertretern zugesandt würden - mit dem Zusatz "den Vertretern zur Kenntnis". Um die jeweilige Teilnahme ihres Vertreters an der Integrationssitzung müssten sich die Mitglieder im Bedarfsfall selbst kümmern.

**Ende des öffentlichen Teils: 19:10 Uhr**

---

Kamal Kassem  
Ausschussvorsitzender

---

Walburga Yügrük  
Schriftführerin